

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache
0013/18 Maßnahmen zur Drogenprävention in
der Landeshauptstadt Erfurt

Drucksache	2045/18
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	0013/18
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	17.10.2018	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine nachhaltige Sucht- und Drogenprävention folgende Maßnahmen zu prüfen und Vorschläge zu deren Umsetzung zu erstellen:

1. Prüfen der Möglichkeiten des Schulträgers zur Unterstützung der Erfurter Schulen bei der Erstellung eines Gesundheitskonzepts nach § 47 Absatz 1 Thüringer Schulgesetz (mit Fokus auf ein Sucht- und Drogenpräventionskonzept). Im Zusammenwirken mit dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung und Medien. Hierbei könnte beispielsweise das schulbasierte, suchtpreventive Lebenskompetenzenprogramm „IPSY“ als Grundlage genutzt werden.
2. Erstellen und Finanzieren eines Drogenpräventionskonzeptes in Kooperation mit den Sozialversicherungsträgern, Präventionsexperten innerhalb und außerhalb der Verwaltung (z.B. Drogenhilfe Knackpunkt, Diakonie, Caritas, SiT - Suchthilfe in Thüringen, Thüringer Fachstelle Drogenprävention) sowie des staatlichen Schulsystems (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung u. Medien, Staatliches Schulamt Mittelthüringen, Erfurter Schulen, etc.). Diesbezüglich Prüfung, inwieweit die Regelungen des Präventionsgesetzes hier Anwendung finden können.
3. Städtische Koordination zwischen dem staatlichen Schulamt Mittelthüringen, freien Trägern, Polizei und den Ämtern der Stadtverwaltung mit Anbindung an die integrierte Koordination von Psychiatrie, Sucht und Prävention sowie der Sozialplanung in Form einer langfristig gesicherten Stabsstelle mit eindeutiger Zuständigkeitsregelung.

4. Durchführen von regelmäßigen Schulleiterkonferenzen zum Thema Gesundheit und Drogenprävention.
5. Veranstalten von Fachtagungen zur Fortbildung von Schulleitern, Schulsozialarbeitern, Beratungslehrern zu schulischen Best-Practice-Beispielen im Zusammenwirken mit dem Schulamt und dem THILLM
6. Beantragen von Bundesmitteln für die Crystal Meth (CM) Prävention aus dem Bundeshaushalt für ein Kooperationsprojekt zwischen Schulen, Jugendhilfe und Drogenhilfe.
7. Bericht an den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bis zum 2. Halbjahr 2019 über die Ergebnisse.

Anlagenverzeichnis

26.09.2018 , gez. i.A. Bimböse

Datum, Unterschrift Fraktion SPD

26.09.2018, gez. i.A. Bergmann

Datum, Unterschrift Fraktion CDU

26.09.2018 , gez. i.A. Kleimenhagen

Datum, Unterschrift Fraktion DIE LINKE

26.09.2018, gez. i.A. Büchner

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN